

Ach Europa! Bist du noch zu retten?

Ein Impuls der Vorbereitungsgruppe

I. Ausgangslage: Vom Erfolg überwältigt in die Sackgasse?

Der Weg zur Europäischen Union (EU) nach dem Zweiten Weltkrieg begann mit einer Vision. Eigentlich müssten wir einen Lobgesang anstimmen, wenn wir auf den erfolgreichen Weg blicken, der in den letzten Jahrzehnten zurückgelegt wurde. Nach den schrecklichen Erfahrungen der beiden Weltkriege und des nationalsozialistischen Terrors brachten ehemals tief verfeindete europäische Völker die Kraft zur Versöhnung, zum Frieden, ja sogar zur Freundschaft auf. Begleitet wurde dieser Prozess durch eine wirtschaftliche Zusammenarbeit, von der alle profitierten. Gerade letzteres übt immer noch eine große Anziehungskraft auf Nichtmitglieder aus. Bis heute gibt es keinen vergleichbaren Zusammenschluss von Staaten auf der Welt, der als Vorbild dienen könnte.

Für die meisten Bürgerinnen und Bürger der EU ist ein Leben in Frieden heute so selbstverständlich geworden, dass Europa als Friedensprojekt keine Strahlkraft mehr entwickeln und keine gemeinsamen Interessen mehr begründen kann. So verstörend es klingen mag, aber gerade der Erfolg des Friedensprojektes hat ihm vielerorts seine begeisternde Wirkung genommen. Die aktuelle Situation lässt eine an sich berechtigte Euphorie über den Friedensnobelpreisträger von 2012 nicht zu. Es gibt nichts zu beschönigen, die Europäische Union befindet sich in einer sehr ernsten Krise.

Ein Grund dafür ist: Obwohl wirtschaftliche Stärke und Stabilität weithin erreicht und Standards angeglichen wurden, wird Europa immer weniger als eine funktionierende Solidargemeinschaft wahrgenommen. Die soziale Spaltung nimmt zu. Einige wenige werden immer reicher, während große Teile der Bevölkerung hoffnungslos abgehängt sind. Besonders belastend ist in einigen Staaten die hohe Jugendarbeitslosigkeit. Banken werden gerettet, aber es ist nicht gelungen, einen menschenwürdigen sozialen Mindeststandard für alle zu schaffen. Populisten und Extremisten haben leichtes Spiel, dies auszunutzen.

Ein zweiter wichtiger Grund für die Europaskepsis ist das institutionelle Eigenleben, das die EU entwickelt hat. Durch mangelnde Transparenz und undurchsichtige komplexe Zuständigkeiten konnten sich viele Bürger immer weniger mit der EU identifizieren. Schlimmer, viele Bürger haben ihr Vertrauen in die EU verloren, weil sie in vielen Politikbereichen eine wachsende Ungerechtigkeit beobachten.

Wie unterschiedlich die EU heute gesehen wird, zeigen das Referendum zum Austritt Großbritanniens, der Erfolg europafeindlicher und extremistischer Parteien, aber auch ihre Bedeutung als Zufluchtsort.

Besonders die junge Generation lebt heute über Grenzen hinweg und ist vernetzt. Mobilität und Freizügigkeit prägen inzwischen das Leben. Nationalstaatliche Muster verblassen zunehmend. Die Vielfalt und die Freiheiten Europas sind in vielen Lebensläufen sichtbar.

Angesichts dieser Situation sehen wir uns als engagierte Christen in der Verantwortung, uns für ein starkes, gerechtes, solidarisches und weltoffenes Europa einzusetzen. Langfristig wird nur ein geeintes Europa seinen Bürgerinnen und Bürgern Frieden, soziale Sicherheit, Wohlstand, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit garantieren können. Solidarität „à la carte“ ist kurzsichtig.

II. Herausforderungen: Europa's Baustellen

Demokratiedefizite in Europa

Eines der größten Probleme ist das Demokratiedefizit. Es zeigt sich z.B. darin, dass vielen europäischen Institutionen (z.B. EuGH, EZB, Rat der EU und Kommission) eine direkte demokratische Legitimation fehlt. Auch die einzig direkt gewählte Institution der EU – das Europäische Parlament – hat bei zentralen Fragen noch immer zu geringe Mitspracherechte. Die immer wieder beschworene europäische Zivilgesellschaft und die Förderung der Partizipation bleibt hinter den Ansprüchen zurück.

Fehlende Transparenz und Subsidiarität

Neben dem Demokratiedefizit ist die mangelnde Transparenz der EU die größte Schwachstelle. Selbst für „Insider“ sind die rechtlichen und administrativen Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten innerhalb der EU nur schwer zu durchblicken. Die breite Öffentlichkeit nimmt die EU als „Bürokratie-Monster“ wahr. Zusätzlich kann es passieren, dass Nationalregierungen für Entscheidungen der EU verantwortlich gemacht werden und umgekehrt. Um den Zentralismus zu vermeiden, wäre es sinnvoll, sich an dem von der Katholischen Soziallehre grundgelegten Subsidiaritätsprinzip zu orientieren.

Neoliberale Finanz- und Wirtschaftspolitik

Die EU hat in der Wirtschafts- und Finanzpolitik einen neoliberalen Kurs eingeschlagen, der sich durch Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung auszeichnet und auf bedingungsloses Wirtschaftswachstum setzt. Die Finanz- und Bankenkrise 2007/2008, die sich als „Eurokrise“ fortentwickelte, die hohe Jugendarbeitslosigkeit, besonders in Südeuropa, und die wachsende Ungleichheit innerhalb der EU und innerhalb der jeweiligen Mitgliedsstaaten vermitteln das Gefühl, die EU verstehe sich als Schutzgemeinschaft fürs Großkapital, während die Mittelschicht und die Armen die Zeche zahlen. Erst wurden auf der einen Seite Banken mit Steuergeld aus ihrer bedenkenlos riskierten Notlage gerettet, auf der anderen Seite helfen die frisch revitalisierten Banken kriminellen Steuerhinterziehern.

Spaltung Europas durch den Euro

Mit der Einführung des Euro waren große Hoffnungen verbunden. Man glaubte, der Euro lasse den Kontinent zusammenwachsen. Diese Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Die Euro-Zone ist gespalten in Gewinner und Verlierer. Der Norden, vorneweg Deutschland, profitiert vom Euro, während in den Südländern die sozialen Verwerfungen zunehmen. Mit der Einführung des Euro haben sie die Mittel aus der Hand gegeben, um sich durch Abwertung der Währung, Zölle oder Einfuhrkontingente an veränderte Lagen anzupassen. Dies verstärkt den Eindruck chronischer Fremdherrschaft.

Unsoldarische Migration- und Flüchtlingspolitik und fehlende Fluchtursachenbekämpfung

Gerade an der Migrations- und Flüchtlingspolitik sieht man symptomatisch die Schwächen der EU. Fehlende Solidarität unter den Mitgliedsstaaten und die Missachtung der eigenen Werte rütteln an der Glaubwürdigkeit der EU. Zugleich hat sich gezeigt, dass es weiterhin an einem gemeinsamen europäischen Asylsystem mangelt. Die Staats- und Regierungschefs der EU können sich nicht auf ein einheitliches Verfahren im Umgang mit den Schutzsuchenden einigen. Insbesondere die Randstaaten des Schengenraumes (v.a. Griechenland und Italien) wurden mit der Aufnahme der Flüchtlinge weitgehend allein gelassen.

Bei der Fluchtursachenbekämpfung werden die selbstverschuldeten Ursachen für Flucht und Migration verschwiegen oder sogar weiterhin gefördert. In diesem Zusammenhang müssen die bereits abgeschlossenen und gerade verhandelten Freihandelsabkommen (EPAs) mit den Ländern des globalen Südens, insbesondere mit Afrika kritisch begleitet werden.

Mutlose Klima- und Energiepolitik

Bei internationalen Abkommen mag die EU in der Klimaschutzpolitik noch Vorreiter sein, in der Umsetzung bleibt sie jedoch halbherzig, solange sie dem neoliberalen Wirtschaftsmodell und dem „grenzenlosem Wachstum“ den absoluten Vorrang einräumt.

Statt eindeutig erneuerbare Energien zu fördern, eine europäische Energiewende einzuleiten und zu koordinieren, werden weiterhin Atomkraft und Steinkohle subventioniert.

Kurzfristige Agrarpolitik

Seit Jahrzehnten wird die großstrukturierte, industriell ausgelegte und exportorientierte Landwirtschaft gefördert, oft zulasten der Umwelt und der Länder im globalen Süden. Eine Wende hin zu einer nachhaltigen und global verträglichen Landwirtschaft wäre dringend notwendig.

III. Forderungen: Auf der Suche nach Wegen aus der Sackgasse

Die EU braucht eine Verständigung über ihre Normen, Werte. **Was ist das spezifische an der EU und warum braucht es überhaupt noch die EU?** Was ist ihr Mehrwert vor dem Alternativmodell der Renationalisierung?

Die **Handlungsfähigkeit der Institutionen der EU** gilt es zu stärken, mehr **Transparenz** herzustellen und die **demokratische Legitimation** europäischer Entscheidungen durch das Europäische Parlament, etwa durch ein eigenes Initiativrecht für mögliche Regelungen der EU, zu vertiefen. Die politische Debatte um die Zukunft des europäischen Projekts muss gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern geführt werden. Europa muss nah am Bürger verortet werden, Europäische Partizipation kann sich nicht erschöpfen in Wahlen zum Europäischen Parlament.

In diesem Zusammenhang sollten die Rolle der Institutionen überprüft und neu ausgerichtet werden. Die weitere Stärkung des Europäischen Parlaments ist notwendig, aber nicht ausreichend. Derzeit fehlt es noch an europäischen Verbänden, Volksbewegungen und NGOs. Sie sind das gesellschaftliche Substrat, von dem eine lebendige Demokratie zehrt und das die Kluft zwischen Bürgern und Institutionen schließen könnte. Die Bildung einer europäischen Zivilgesellschaft, von Medien oder Parteien auf europäischer Ebene, sind wichtige Voraussetzung für eine europäische Demokratie. Aus diesem Grund müssen auch neue Formen der Partizipation - wie das Europäische Bürgerbegehren - gefördert werden. Ebenfalls bedarf es einer ehrlichen Diskussion über die Rückverlagerung von Kompetenzen auf die nationale, demokratisch legitimierte Ebene.

Europa ist nach wie vor ein **Friedensprojekt**. Frieden gibt es nicht ohne Gerechtigkeit. Soziale Gerechtigkeit, Bildungsgerechtigkeit, Klimagerechtigkeit sind Voraussetzungen eines gerechten Friedens. Wir fordern den Stopp von Waffenlieferungen und Geldflüssen an Kriegsparteien als grundlegende Voraussetzung für eine Beendigung gewaltsamer Konflikte. Die EU hat mit ihrem Einfluss als bedeutender Wirtschaftsraum und über ihre Wirtschaftspolitik vielfältige politische Möglichkeiten, um gewaltsame Konflikte zu beenden und einen entscheidenden Beitrag zur Stabilisierung von Bedingungen des Friedens, sowie für mehr globale Gerechtigkeit zu leisten. Wir fordern, dass die EU diese Möglichkeiten nutzt, um die Lebensbedingungen und Entwicklungschancen von Menschen weltweit zu verbessern.

Europa kann seine Verantwortung für die Schutzsuchenden nicht dauerhaft an Drittländer delegieren, ohne selber unglaubwürdig zu werden. Wir brauchen eine **gemeinsame europäische Asylpolitik**, um menschen- und völkerrechtlich verankerten Ansprüchen der Schutzsuchenden gerecht zu werden. Wir treten besonders ein für den Schutz von Frauen, Kindern, Jugendlichen und verfolgten Minderheiten.

Wir benötigen eine **gemeinsame europäische Antwort auf den zunehmenden Terrorismus**. Nicht Misstrauen, Verschärfung von Gesetzen und Einschränkung der Grundrechte dürfen unser Leben bestimmen, sondern das Eintreten für eine offene Gesellschaft, die es ermöglicht, ein von Freiheit, Solidarität und Vertrauen bestimmtes Leben zu führen.

Wir treten für ein **soziales Europa** ein. Soziale Gerechtigkeit wird von einer Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland als vorrangige Aufgabe der EU angesehen. Zu einem gerechten Europa gehört die Verständigung auf Mindeststandards sozialer Grundsicherung. Wir begrüßen den Ansatz der EU-Kommission, soziale Rechte festzulegen und die soziale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion sichtbar zu machen. Die Wirtschafts- und Währungsunion braucht diese Säule, um den Herausforderungen von Jugendarbeitslosigkeit, Armut

und sozialer Ausgrenzung, aber auch den Anforderungen der Digitalisierung der Arbeitswelt nachhaltig begegnen zu können.

Ein soziales Europa ist auch ein Weg, um bei den sozialen, politischen und religiösen Wurzeln der Radikalisierung vor allem von jungen Menschen anzusetzen. Viele fühlen sich, obwohl sie Bürger Europas sind, nicht als Teil der europäischen Gesellschaft und haben schlechte Zukunftsaussichten. Hier gilt es, sich verstärkt auf Bildung, Integration und Sozialpolitik zu fokussieren und Synergien mit Migrationspolitik und Entwicklungszusammenarbeit zu schaffen. Die Rolle religiöser Führer und der Wert des Dialogs zwischen Kulturen und Religionen sollte ebenfalls gebührend anerkannt und unterstützt werden.

Die **Prinzipien von Solidarität und Subsidiarität** müssen wieder in ein Gleichgewicht gebracht werden. Schwache Länder und Staaten in Notsituationen müssen auf die Solidarität der Gemeinschaft zählen können, aber auch eigene Anstrengungen zur Überwindung ihrer Probleme unternehmen. Solidarität endet nicht an nationalen Grenzen

Es muss nicht nur die Solidarität nach innen, sondern auch nach außen gestärkt werden. Europa hat eine Verantwortung gegenüber dem Rest der Welt. Es kann einen wichtigen Beitrag zu einer **gerechten Gestaltung der Globalisierung** und zur Armutbekämpfung leisten. Die Politik der Entwicklungshilfe und -zusammenarbeit kann eins der wichtigsten Instrumente zur Förderung sozio-ökonomischer Gerechtigkeit sein. Dabei sollte sich die Union selbst zu Initiativen verpflichten, die nicht nur Hilfe oder Unterstützung gewähren, sondern Drittstaaten und ihre Bewohner tatsächlich ermächtigen, ihre Entwicklung selbst in die Hand zu nehmen. Besondere Aufmerksamkeit sollte dem Problem des spekulativen Erwerbs von Ackerland („land grabbing“) gewidmet werden. Auch die Spekulation auf Nahrungsmittel sollte begrenzt und reguliert werden.

Wir treten ein für ein **nachhaltiges Europa**, das seiner Verantwortung für eine weltweite sozial- und umweltgerechte Entwicklung nachkommt. Europa muss sich verstärkt dafür einsetzen, die globale Klimaveränderung und die unwiederbringliche Zerstörung von Lebensgrundlagen zu beenden. Andere Staaten können dadurch ermutigt werden, einen vergleichbaren Weg zu wählen.

Wir treten für die **Sicherung und Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft** innerhalb Europas und in den Entwicklungsländern ein. Kleinere Landwirtschaftsbetriebe sollten auch deswegen gefördert werden, weil dies zur Bekämpfung des Hungers beitragen kann. Dazu zählt auch die subventionierten Agrarexporte aus der EU in „verwundbare“ Länder auf den Prüfstand zu stellen, weil diese eine große Gefahr für lokale Produzenten darstellen.

Der **Dominanz des Finanzsektors über Wirtschaft und Gesellschaft muss Einhalt geboten werden**. Die globalen Finanzmärkte müssen endlich reguliert werden. Instrumente wie eine globale, aber zumindest europaweite Finanztransaktionssteuer, ein internationales Staaten- sowie Bankeninsolvenzrecht und eine in den nationalen Verfassungen verankerte Schuldenbremse sind angesichts weltweit eng verflochtener Wirtschafts- und Finanzströme unverzichtbar. Der Zusammenhang zwischen Handeln, Risikoübernahme und Haftung muss wiederhergestellt werden.

Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sollten sich auf globaler Ebene (im Rahmen von G20 OECD, UN) für die Annahme verpflichtender Regeln zur **Besteuerung multinationaler Konzerne und Aktivitäten** und zur **Bekämpfung von Steuerhinterziehung** wie auch -vermeidung einsetzen, um geheime Steueroasen wirksam zu schließen und mehr Transparenz in Steuerfragen zu sichern.

Die EU muss eine **gemeinsame Flüchtlingspolitik entwickeln und vollziehen**, die einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen nicht von Nationalstaatsinteressen abhängig macht. Wir wenden uns dagegen, dass der Fokus der Flüchtlingspolitik auf Abschreckung, Grenzkontrollen und baldige Abschiebung gerichtet wird, und nicht mehr auf die Frage, wie ein Ort der Zuflucht geschaffen und wie Menschen zu ihrem Recht auf Asyl verholfen werden kann. Kritisch betrachten wir, dass über Auffanglager, Rücknahmeabkommen, und Mobilitätspartnerschaften Staaten außerhalb der EU in die „Flüchtlingsabwehr“ miteingebunden werden. Bedenklich ist dies vor allem deswegen, weil dadurch legale Möglichkeiten, nach

Europa zu kommen, mehr und mehr eingeschränkt werden. Die Folge ist eine Steigerung der irregulären Migration. Immer mehr Menschen begeben sich dann in die Hände von verbrecherischen Schlepperbanden, um es doch nach Europa zu schaffen.

Wir suchen den Dialog mit denen, die der europäischen Integration kritisch oder ablehnend gegenüberstehen, die Angst haben oder mutlos sind und überlassen den Rechten und **Populisten** nicht die Köpfe und Herzen derer, die aus Verunsicherung nach einfachen Antworten suchen.

Wir rufen die Menschen Europas zur **Begegnung** auf. Besonders die junge Generation sollte faire Chancen zur Teilhabe am Arbeitsleben und an der Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft haben. **Wir sagen Ja zu einem Europa des Friedens, der Aussöhnung und der Gerechtigkeit. Denn Europa – das sind wir.**

III. Die Rolle der Religionen und Kirchen

Die grundlegenden Werte der EU haben ihre Wurzeln in der christlichen Tradition. Wir sind verantwortlich dafür, uns für die Zukunft Europas und für das globale Zusammenwirken aller Länder einzusetzen. Als „katholische“, weltumspannende Kirche ist sie für eine völkerverbindende Funktion prädestiniert. Dieses Merkmal sollte innerhalb und außerhalb der Kirche als Schatz und Chance gesehen werden.

Alle Religionen und Kirchen sollten sich für ein rechtsstaatliches demokratisches Europa einsetzen, da dieses der beste Garant für den Schutz der Menschenrechte und für Religionsfreiheit ist.

Die Kirchen sollten ihre Rolle in der Zivilgesellschaft nutzen, um am Aufbau einer europäischen Öffentlichkeit mitzuarbeiten.

Eine andere Aufgabe für die Kirche ist es, als Gegenpol zur Ökonomisierung der EU mehr Lobbyarbeit für die Prinzipien der christlichen Soziallehre (Personalität, Solidarität, Subsidiarität und Nachhaltigkeit) zu leisten.

Autoren

Dr. Josef Fuchs, Vorsitzender Sachbereichsgremium Ökologie und Globale Verantwortung

Dr. Stefan Rappenglück, Vorsitzender Sachbereichsgremium Flucht und Asyl

Redaktion: Dr. Martin Schneider, theologischer Grundsatzreferent des Diözesanrats

Literaturhinweise

Grimm, Dieter: Europa ja - aber welches? Zur Verfassung der europäischen Demokratie. München 2016.

Goll, Thomas/Oberle, Monika/Rappenglück, Stefan: Herausforderung Migration. Perspektiven der politischen Bildung. Schwalbach 2016.

Guérot, Ulrike: Warum Europa eine Republik werden muss! – Eine politische Utopie. Dietz-Verlag, Bonn 2016.

Studiengesellschaft für Friedensforschung: Denkanstöße zum Thema: Migration-Flucht-Asyl. München 2015.

Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Europa von A-Z, Taschenbuch der Europäischen Integration. Bonn 2016. 14. Auflage.